

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 18 München, den 13. August 1987

| Datum       | Inhalt   | Seite |
|-------------|--|-------|
| 24. 7. 1987 | Bekanntmachung des Staatsvertrags zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag).....<br>2251-6-S   | 249   |
| 28. 7. 1987 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einrichtung und Organisation der staatlichen Behörden für das Bauwesen in der Unterstufe .....<br>200-25-1-I | 257   |
| 6. 7. 1987  | Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz .....<br>2242-1-2-WK                                 | 258   |
| 15. 7. 1987 | Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft sowie für Waldwirtschaft.....<br>7803-12-E                  | 259   |
| 15. 7. 1987 | Zweite Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Fachakademien für Landwirtschaft.....<br>7803-15-E                                       | 268   |
| 22. 7. 1987 | Verordnung über Gebühren für Hebammenhilfe außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung.....<br>2124-1-3-I   | 271   |

2251-6-S

## Bekanntmachung des Staatsvertrags zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag)

Vom 24. Juli 1987

Der Landtag des Freistaates Bayern hat mit Beschluß vom 23. Juli 1987 dem am 1./3. April 1987 unterzeichneten Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag) zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend bekanntgemacht.

Das Inkrafttreten des Staatsvertrags nach Art. 16 Abs. 3 wird gesondert bekanntgegeben.

München, den 24. Juli 1987

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Franz Josef Strauß

## Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag)

Das Land Baden-Württemberg,  
der Freistaat Bayern,  
das Land Berlin,  
die Freie Hansestadt Bremen,  
die Freie und Hansestadt Hamburg,  
das Land Hessen,  
das Land Niedersachsen,  
das Land Nordrhein-Westfalen,  
das Land Rheinland-Pfalz,  
das Saarland und  
das Land Schleswig-Holstein  
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Präambel

Dieser Staatsvertrag enthält Regelungen für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk in einem dualen Rundfunksystem.

Mit der Vermehrung des elektronischen Medienangebots sollen Informationsvielfalt und kulturelles Angebot im deutschsprachigen Raum verstärkt werden. Gleichzeitig müssen beide Rundfunksysteme in der Lage sein, den Anforderungen des künftigen nationalen und internationalen Wettbewerbs zu entsprechen.

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind Bestand und weitere Entwicklung zu gewährleisten. Dazu gehört seine Teilhabe an allen neuen technischen Möglichkeiten zur Verbreitung von Rundfunkprogrammen und die Erhaltung seiner finanziellen Grundlagen einschließlich des dazugehörigen Finanzausgleichs.

Den privaten Veranstaltern sollen der Aufbau und die Fortentwicklung eines privaten Rundfunksystems ermöglicht werden. Dazu sollen ihnen ausreichende Sendekapazitäten zur Verfügung gestellt und angemessene Einnahmequellen erschlossen werden. Sie sollen dabei ihre über Rundfunksatelliten ausgestrahlten Fernsehprogramme unter Berücksichtigung lokaler und regionaler Beiträge nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts auch über verfügbare terrestrische Fernsehfrequenzen verbreiten können, die bundesweit möglichst gleichgewichtig aufgeteilt werden sollen.

#### Artikel 1

##### Nutzung der Satellitentechnik

(1) Drei Fernsehkanäle auf einem von der Deutschen Bundespost zur Verfügung gestellten Rundfunksatelliten können aufgrund von Staatsverträgen zwischen Ländern nach Länderquoten von verschiedenen privaten Veranstaltern genutzt werden.

(2) <sup>1</sup>Für die Länderquoten nach Absatz 1 wird von folgender Aufteilung für drei Fernsehkanäle jeweils in Prozenten ausgegangen: Baden-Württemberg 35, Bayern 40, Berlin 20, Bremen 10, Hamburg 15, Hessen 30, Niedersachsen 35, Nordrhein-Westfalen 60, Rheinland-Pfalz 25, Saarland 10, Schleswig-Holstein 20. <sup>2</sup>Der Aufteilung nach Länderquoten entsprechen die bisher abgeschlossenen Staatsverträge zwischen einzelnen Ländern.

(3) <sup>1</sup>Der Fernsehkanal, über dessen Nutzung durch private Veranstalter bei Unterzeichnung dieses Staatsvertrages noch kein besonderer Staatsvertrag zwischen einzelnen Ländern abgeschlossen ist, steht bis zu einer derartigen Nutzung dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) für das in Artikel 2 Absatz 2 genannte Programm zur Verfügung. <sup>2</sup>Das ZDF kann dieses Programm auch über andere Satelliten verbreiten.

(4) <sup>1</sup>Der vierte Fernsehkanal steht den in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten für das in Artikel 2 Absatz 1 genannte Programm zur Verfügung. <sup>2</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten können dieses Programm auch über andere Satelliten verbreiten. <sup>3</sup>Solange nicht auf einem Kanal ganztägig digitaler Hörfunk verbreitet wird, wird der vierte Fernsehkanal mindestens in der Zeit von 1 Uhr bis 18 Uhr für die digitale Übertragung von 15 Hörfunkprogrammen in Stereoqualität und zwei Hörfunkprogrammen in Monoqualität genutzt. <sup>4</sup>Jedes

Land erhält einen Kanal in Stereoqualität, außerdem das Land Berlin und der Deutschlandfunk je einen Kanal in Monoqualität; die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen erhalten je einen weiteren Kanal in Stereoqualität. <sup>5</sup>Die Ministerpräsidenten können feststellen, daß Hörfunkkanäle nach Satz 4 nicht genutzt werden; in diesem Fall erhalten zunächst Berlin und der Deutschlandfunk statt der Kanäle in Monoqualität je einen Kanal in Stereoqualität und danach die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Hamburg, Saarland und Bremen in dieser Reihenfolge jeweils einen der nicht genutzten Kanäle.

(5) <sup>1</sup>Der fünfte Kanal steht dem ZDF für das in Artikel 2 Absatz 2 genannte Programm zur Verfügung, wenn die Fernsehkanäle nach Absatz 1 an drei private Veranstalter vergeben sind. <sup>2</sup>Absatz 3 Satz 2 gilt auch in diesem Fall.

(6) Werden Kanäle nicht nach den Absätzen 1 bis 5 genutzt oder benötigt, können die Ministerpräsidenten über eine andere Nutzung entscheiden.

(7) Für die künftige Zuordnung von Kanälen für Rundfunkzwecke auf anderen Satelliten werden die Ministerpräsidenten Verfahrensgrundsätze vereinbaren.

#### Artikel 2

##### Weitere Fernsehprogramme für ARD und ZDF

(1) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten sind ermächtigt und verpflichtet, über Satelliten gemeinsam ein zusätzliches Fernsehprogramm mit kulturellem Schwerpunkt zu veranstalten; dabei können ausländische Veranstalter aus den europäischen Ländern beteiligt werden.

(2) Das ZDF ist ermächtigt und verpflichtet, über Satelliten ein zusätzliches Fernsehprogramm mit kulturellem Schwerpunkt zu veranstalten; dabei können ausländische Veranstalter aus den europäischen Ländern beteiligt werden.

(3) Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, finden auf das Programm nach Absatz 1 das Länderabkommen über die Koordinierung des Ersten Fernsehprogramms und auf das Programm nach Absatz 2 der Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“ (ZDF-Staatsvertrag) Anwendung.

(4) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF können sich an einem von europäischen Rundfunkveranstaltern ausgestrahlten Fernsehprogramm beteiligen, wenn ihr Programmanteil einen nicht erheblichen Umfang am Gesamtprogramm hat und das Programm keine auf die Bundesrepublik Deutschland abzielende Werbung enthält.

(5) Weitere bundesweit verbreitete gemeinsame Fernsehprogramme der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und des ZDF sind nur auf der Grundlage besonderer staatsvertraglicher Vereinbarungen aller Länder zulässig.

## Artikel 3

Finanzierung  
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(1) <sup>1</sup>Für die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF ist die Rundfunkgebühr weiterhin die vorrangige Finanzierungsquelle. <sup>2</sup>Der Finanzausgleich unter den Landesrundfunkanstalten bleibt Bestandteil des Finanzierungssystems der ARD; er hat insbesondere eine funktionsgerechte Aufgabenerfüllung der Anstalten Saarländischer Rundfunk, Radio Bremen und Sender Freies Berlin sicherzustellen. <sup>3</sup>Der Umfang der Finanzausgleichsmasse und ihre Anpassung an die Rundfunkgebühr bestimmen sich nach einem besonderen Staatsvertrag über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten. <sup>4</sup>Das Bereithalten eines Rundfunkempfangsgeräts begründet auch künftig die Rundfunkgebührenpflicht.

(2) <sup>1</sup>Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist vom übrigen Rundfunkprogramm deutlich zu trennen und als solche zu kennzeichnen. <sup>2</sup>Sie darf das übrige Rundfunkprogramm inhaltlich nicht beeinflussen. <sup>3</sup>Werbung, die sich auch an Kinder oder Jugendliche richtet, darf nicht deren Unerfahrenheit ausnutzen.

(3) <sup>1</sup>Fernsehwerbung darf nur in Blöcken verbreitet werden. <sup>2</sup>Fernsehsendungen von mehr als 60 Minuten Dauer dürfen zu einer im voraus angegebenen Zeit einmal Werbeeinschaltungen enthalten; dies gilt auch bei Unterteilungen der Sendungen. <sup>3</sup>Für Sportsendungen können die für die Programmaufsicht zuständigen Gremien der Rundfunkanstalten Ausnahmen von Satz 2 gestatten.

(4) <sup>1</sup>Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten haben in dem von ihnen veranstalteten Ersten Fernsehprogramm außerdem die gleichen Verpflichtungen einzuhalten, wie sie in § 22 Absatz 3 des ZDF-Staatsvertrages und der dort vorgesehenen Vereinbarung der Ministerpräsidenten dem ZDF auferlegt worden sind. <sup>2</sup>In anderen bundesweit verbreiteten Fernsehprogrammen der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und des ZDF findet Werbung nicht statt. <sup>3</sup>Artikel 5 bleibt unberührt.

(5) <sup>1</sup>Der am 1. Januar 1987 bestehende zeitliche Umfang der Werbung in den Dritten Fernsehprogrammen, ihre tageszeitliche Begrenzung auf die Zeit vor 20 Uhr, die Beschränkung auf Werktage und die Verbreitungsgebiete werden beibehalten. <sup>2</sup>Der Hessische Rundfunk wird die Werbung im Dritten Fernsehprogramm einstellen, sobald ihm die Mittel für das vierte Hörfunkprogramm im Rahmen der Gebührenfinanzierung zur Verfügung stehen. <sup>3</sup>Artikel 5 bleibt unberührt.

(6) <sup>1</sup>Der am 1. Januar 1987 geltende zeitliche Umfang der Werbung im Hörfunk, ihre tageszeitliche Begrenzung, die Beschränkung auf Werktage und die Verbreitungsgebiete werden beibehalten. <sup>2</sup>Die Länder sind abweichend von Satz 1 jeweils berechtigt, den Landesrundfunkanstalten bis zu 90 Minuten werktäglich im Jahresdurchschnitt Werbung im Hörfunk einzuräumen. <sup>3</sup>Artikel 5 bleibt unberührt.

(7) Sendungen, die ein Dritter finanziell fördert (Sponsor), sind in der bisherigen Weise gestattet, wenn sie nicht den wirtschaftlichen Interessen des Sponsors oder eines anderen dienen.

(8) Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF erlassen Richtlinien zur Durchführung der Absätze 2, 3 und 7.

## Artikel 4

Feststellung des Finanzbedarfs  
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(1) Der Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird regelmäßig entsprechend den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geprüft und mindestens alle zwei Jahre festgestellt.

(2) Bei der Ermittlung des Finanzbedarfs sind insbesondere zugrunde zu legen

1. die wettbewerbsfähige Fortführung der bestehenden Hörfunk- und Fernsehprogramme, die durch Landesgesetz jeweils bestimmten neuen Hörfunkprogramme sowie die Fernsehprogramme nach Artikel 2,
2. die Teilhabe an den neuen rundfunktechnischen Möglichkeiten,
3. die allgemeine Kostenentwicklung und die besondere Kostenentwicklung im Medienbereich,
4. die Entwicklung der Werbeeinnahmen und der sonstigen Einnahmen.

(3) Unter Berücksichtigung des bisherigen Verfahrens soll bei der Ermittlung des Finanzbedarfs ein hoher Grad der Objektivierbarkeit erreicht werden.

(4) <sup>1</sup>Über eine Anpassung der Rundfunkgebühr wird jeweils anschließend an die Feststellung des Finanzbedarfs entschieden. <sup>2</sup>Artikel 5 bleibt unberührt.

## Artikel 5

Änderung der Werbung  
im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

<sup>1</sup>Die Ministerpräsidenten können Änderungen der Gesamtdauer der Werbung und der tageszeitlichen Begrenzung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vereinbaren. <sup>2</sup>Werben private Veranstalter an Sonn- und Feiertagen, so lassen die Ministerpräsidenten auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Werbung an diesen Tagen zu, wenn und soweit unter Zugrundelegung der Werbeeinnahmen des Vorjahres und unter Berücksichtigung der zu erzielenden Einnahmen aus der Werbung an Sonn- und Feiertagen zu erwarten ist, daß die Änderung einnahmenneutral sein wird; sie hören hierzu Sachverständige.

## Artikel 6

## Finanzierung besonderer Aufgaben

(1) Ein zusätzlicher Anteil an der einheitlichen Rundfunkgebühr in Höhe von 2 vom Hundert kann für die Finanzierung folgender Aufgaben verwendet werden:

1. die Zulassungs- und Aufsichtsfunktionen der für private Veranstalter nach Landesrecht zuständigen Stellen,
2. die Förderung offener Kanäle,

3. die Förderung von landesrechtlich gebotener technischer Infrastruktur zur terrestrischen Versorgung des gesamten Landes für den Zeitraum von 4 Jahren ab Inkrafttreten dieses Staatsvertrages.

(2) <sup>1</sup>Soweit der Anteil nach Absatz 1 nicht in Anspruch genommen wird, steht er den jeweiligen Landesrundfunkanstalten zu. <sup>2</sup>Eine landesgesetzliche Zweckbestimmung ist zulässig.

(3) <sup>1</sup>Eine Finanzierung privater Veranstalter aus der Rundfunkgebühr ist unzulässig. <sup>2</sup>Absatz 1 bleibt unberührt.

#### Artikel 7

##### Zulassung und Finanzierung des privaten Rundfunks

(1) <sup>1</sup>Private Veranstalter bedürfen zur Veranstaltung von Rundfunkprogrammen einer Zulassung. <sup>2</sup>Sie wird von den nach Landesrecht zuständigen Stellen erteilt.

(2) Die Finanzierung privater Rundfunkveranstalter erfolgt vorrangig durch Einnahmen aus Werbung und durch Entgelte.

(3) Die Werbung darf 20 vom Hundert der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

(4) <sup>1</sup>Werbung ist vom übrigen Rundfunkprogramm deutlich zu trennen und als solche zu kennzeichnen. <sup>2</sup>Sie darf das übrige Rundfunkprogramm inhaltlich nicht beeinflussen.

(5) Werbung, die sich auch an Kinder oder Jugendliche richtet, darf nicht deren Unerfahrenheit ausnutzen.

(6) <sup>1</sup>Fernsehwerbung darf nur in Blöcken verbreitet werden. <sup>2</sup>Fernsehsendungen von mehr als 60 Minuten Dauer dürfen zu einer im voraus angegebenen Zeit einmal Werbeeinschaltungen enthalten; dies gilt auch bei Unterteilungen der Sendungen. <sup>3</sup>Für Sportsendungen kann die für die Zulassung des Veranstalters nach Landesrecht zuständige Stelle Ausnahmen von Satz 2 gestatten.

(7) <sup>1</sup>Sendungen, die ein Dritter finanziell fördert (Sponsor) und deren Inhalt nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Interessen des Sponsors oder eines anderen steht, sind neben der Werbung zulässig. <sup>2</sup>Sie dürfen nicht mißbräuchlich politischen oder weltanschaulichen Interessen dienen. <sup>3</sup>Andere Sendungen dürfen durch die Sponsorsendungen nicht unterbrochen werden; die Sponsorsendungen dürfen nicht durch Werbung unterbrochen werden. <sup>4</sup>Der Name des Sponsors ist am Anfang und am Ende der Sendung anzugeben. <sup>5</sup>Absatz 4 gilt entsprechend.

(8) Die für private Veranstalter nach Landesrecht zuständigen Stellen erlassen gemeinsame Richtlinien zur Durchführung der Absätze 3 bis 7.

#### Artikel 8

##### Sicherung der Meinungsvielfalt im bundesweit verbreiteten privaten Rundfunk

(1) <sup>1</sup>Im privaten Rundfunk ist inhaltlich die Vielfalt der Meinungen im wesentlichen zum Ausdruck zu bringen. <sup>2</sup>Die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und

Gruppen müssen in den Vollprogrammen angemessen zu Wort kommen; Auffassungen von Minderheiten sind zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Die Möglichkeit, Programme mit gleichartigen Nutzungsinhalten (Spartenprogramme) anzubieten, bleibt hiervon unberührt.

(2) <sup>1</sup>Solange nicht mindestens drei im Geltungsbereich des Grundgesetzes veranstaltete private Vollprogramme von verschiedenen Veranstaltern bundesweit verbreitet werden, ist jedes der Rundfunkprogramme zur Meinungsvielfalt nach Absatz 1 verpflichtet. <sup>2</sup>Wenn mindestens drei derartige Rundfunkprogramme bundesweit verbreitet werden, wird davon ausgegangen, daß das Gesamtangebot dieser Rundfunkprogramme den Anforderungen an die Meinungsvielfalt entspricht. <sup>3</sup>Dies gilt nicht, wenn und solange die für diese Rundfunkprogramme nach Landesrecht zuständigen Stellen übereinstimmend feststellen, daß die Anforderungen an die Meinungsvielfalt durch das Gesamtangebot dieser Rundfunkprogramme nicht erfüllt sind; in diesem Fall ist jedes der Rundfunkprogramme zur Meinungsvielfalt nach Absatz 1 verpflichtet.

(3) Ein einzelnes Programm darf die Bildung der öffentlichen Meinung nicht in hohem Maße ungleichgewichtig beeinflussen.

(4) <sup>1</sup>Die für die Zulassung des Veranstalters nach Landesrecht zuständige Stelle soll darauf hinwirken, daß an Veranstaltergemeinschaften auch Interessenten mit kulturellen Programmbeiträgen beteiligt werden. <sup>2</sup>Ein Rechtsanspruch auf Beteiligung besteht nicht.

(5) <sup>1</sup>Ein Veranstalter darf im Geltungsbereich des Grundgesetzes bundesweit jeweils nur ein Vollprogramm und ein Spartenprogramm im Hörfunk und im Fernsehen verbreiten; dabei sind auch anderweitige deutschsprachige Programme des Veranstalters einzubeziehen, die bundesweit ortsüblich empfangbar sind. <sup>2</sup>In diesen Programmen sind regionale Programmteile (Fensterprogramme) nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts zulässig. <sup>3</sup>Einem Veranstalter ist zuzurechnen, wer zu ihm oder zu einem an einer Veranstaltergemeinschaft Beteiligten im Verhältnis eines verbundenen Unternehmens im Sinne von § 15 Aktiengesetz steht oder sonst auf seine Programmgestaltung allein oder gemeinsam mit anderen maßgeblich einwirken kann oder wer unter einem entsprechenden Einfluß eines anderen Veranstalters oder einer Veranstaltergemeinschaft steht. <sup>4</sup>Der Einfluß gilt als nicht maßgeblich, wenn er sich auf unter 25 vom Hundert der Kapital- und Stimmrechtsanteile oder des Programms beschränkt und kein anderer Fall nach Satz 3 vorliegt.

(6) <sup>1</sup>Wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 vorliegen, hat der Veranstalter durch geeignete Vorkehrungen – wie einen Programmbeirat mit wirksamem Einfluß auf das Rundfunkprogramm – zu gewährleisten, daß eine vorherrschende Einwirkung auf die Meinungsbildung durch bundesweiten privaten Rundfunk ausgeschlossen ist. <sup>2</sup>Bei einem von einer Veranstaltergemeinschaft veranstalteten Programm bedarf es solcher Vorkehrungen nicht, wenn durch Vertrag oder Satzung ein vorherrschender Einfluß eines der Beteiligten mit mehr als 50 vom Hundert der Kapital- und Stimmrechtsanteile ausgeschlossen ist.

(7) <sup>1</sup>Die Absätze 1 bis 6 gelten nur für bundesweit verbreiteten privaten Rundfunk. <sup>2</sup>Bestimmungen des Landes, in dem die Zulassung nach Artikel 7 Absatz 1 erteilt wird, mit weitergehenden Anforderungen an die Sicherung der Meinungsvielfalt bleiben unberührt.

#### Artikel 9

##### Programmgrundsätze für bundesweit verbreiteten privaten Rundfunk

(1) <sup>1</sup>Für die Rundfunkprogramme gilt die verfassungsmäßige Ordnung. <sup>2</sup>Die Rundfunkprogramme haben die Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten. <sup>3</sup>Sie sollen die internationale Verständigung fördern. <sup>4</sup>Die Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Ehre sind einzuhalten.

(2) <sup>1</sup>Die Rundfunkvollprogramme sollen zur Darstellung der Vielfalt im deutschsprachigen und europäischen Raum mit einem angemessenen Anteil an Information, Kultur und Bildung beitragen; die Möglichkeit, Spartenprogramme anzubieten, bleibt hiervon unberührt. <sup>2</sup>Die Rundfunkvollprogramme sollen einen wesentlichen Anteil an Eigen- und Auftragsproduktionen einschließlich Gemeinschaftsproduktionen aus dem deutschsprachigen und europäischen Raum enthalten.

(3) <sup>1</sup>Informationssendungen haben den anerkannten journalistischen Grundsätzen zu entsprechen. <sup>2</sup>Sie müssen unabhängig und sachlich sein. <sup>3</sup>Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen. <sup>4</sup>Kommentare sind von der Berichterstattung deutlich zu trennen und unter Nennung des Verfassers als solche zu kennzeichnen.

(4) Bei Meinungsumfragen, die im Rundfunk durchgeführt werden, ist ausdrücklich anzugeben, ob sie repräsentativ angelegt sind und ein entsprechend abgesichertes Meinungsbild wiedergeben.

(5) <sup>1</sup>Den evangelischen Kirchen, der katholischen Kirche und den jüdischen Gemeinden sind auf Wunsch angemessene Sendezeiten zur Übertragung religiöser Sendungen einzuräumen; die Veranstalter können die Erstattung ihrer Selbstkosten verlangen. <sup>2</sup>Politische Parteien oder Vereinigungen, für die ein Wahlvorschlag zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen Parlament zugelassen ist, erhalten zur Vorbereitung der Wahlen angemessene Sendezeiten entsprechend § 5 Absätze 1 bis 3 des Parteiengesetzes; sie sind bei einer Kostenerstattung gemäß dem Umfang der jeweiligen Sendungen gleichzubehandeln.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten nur für bundesweit verbreiteten privaten Rundfunk.

#### Artikel 10

##### Unzulässige Sendungen, Jugendschutz

(1) Sendungen sind unzulässig, wenn sie

1. zum Rassenhaß aufstacheln oder grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen in einer Art schildern, die eine Ver-

herrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt (§ 131 StGB),

2. den Krieg verherrlichen,

3. pornographisch sind (§ 184 StGB),

4. offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden.

(2) <sup>1</sup>Sendungen, die geeignet sind, das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dürfen nicht verbreitet werden, es sei denn, der Veranstalter trifft aufgrund der Sendezeit oder auf andere Weise Vor-sorge, daß Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufen die Sendungen üblicherweise nicht wahrnehmen; der Veranstalter darf dies bei Sendungen zwischen 23 und 6 Uhr annehmen. <sup>2</sup>Filme, die nach dem Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit für Jugendliche unter 16 Jahren nicht freigegeben sind, dürfen nur zwischen 22 und 6 Uhr und Filme, die für Jugendliche unter 18 Jahren nicht freigegeben sind, nur zwischen 23 und 6 Uhr verbreitet werden.

(3) Sendungen, die ganz oder im wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften aufgenommen sind, sind nur in der Zeit zwischen 23 und 6 Uhr und nur dann zulässig, wenn die mögliche sittliche Gefährdung von Kindern oder Jugendlichen unter Berücksichtigung aller Umstände nicht als schwer angesehen werden kann.

(4) <sup>1</sup>Die für die Zulassung nach Landesrecht zuständige Stelle kann in Richtlinien oder für den Einzelfall Ausnahmen von den Zeitgrenzen nach Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 gestatten und von der Bewertung nach Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 abweichen. <sup>2</sup>Dies gilt im Falle des Absatz 2 Satz 2 vor allem für Filme, deren Bewertung länger als 15 Jahre zurückliegt.

#### Artikel 11

##### Weiterverbreitung bundesweit herangeführter Rundfunkprogramme

(1) Die zeitgleiche und unveränderte Weiterverbreitung von bundesweit herangeführten inländischen Rundfunkprogrammen, die in rechtlich zulässiger Weise veranstaltet werden, ist durch Landesrecht zu ermöglichen.

(2) Die zeitgleiche und unveränderte Weiterverbreitung von bundesweit herangeführten ausländischen Rundfunkprogrammen, die im Herkunftsland in rechtlich zulässiger Weise veranstaltet werden, ist jedenfalls dann durch Landesrecht zu ermöglichen, wenn die Anforderungen an die Veranstaltung von Rundfunkprogrammen nach diesem Staatsvertrag bei entsprechender Anwendung erfüllt sind und auch das Recht der Gegendarstellung oder ein ähnliches Recht gewährleistet ist.

(3) Im übrigen gelten die landesgesetzlichen Bestimmungen insbesondere über die Rangfolge bei der Weiterverbreitung.

## Artikel 12

## Aufsicht über den privaten Rundfunk

(1) <sup>1</sup>Die für die Zulassung des Veranstalters nach Landesrecht zuständige Stelle überprüft bei und nach der Zulassung die Einhaltung der für die privaten Programmveranstalter geltenden Bestimmungen dieses Staatsvertrages. <sup>2</sup>Sie trifft entsprechend den landesrechtlichen Regelungen die jeweiligen Entscheidungen.

(2) <sup>1</sup>Die für die Zulassung der Veranstalter nach Landesrecht zuständigen Stellen stimmen sich mit dem Ziel einer ländereinheitlichen Verfahrensweise hinsichtlich der Anwendung des Absatzes 1 untereinander ab. <sup>2</sup>Sie sollen gemeinsame Verfahrensgrundsätze festlegen.

(3) <sup>1</sup>Jede nach Landesrecht zuständige Stelle zur Aufsicht über private Veranstalter kann gegenüber der für die Zulassung des Veranstalters zuständigen Stelle nach Absatz 1 beanstanden, daß ein bundesweit verbreitetes Programm gegen die Bestimmungen dieses Staatsvertrages verstößt. <sup>2</sup>Die für die Zulassung zuständige Stelle ist verpflichtet, sich mit der Beanstandung zu befassen und die beanstandende Stelle von der Überprüfung und von eingeleiteten Schritten zu unterrichten.

## Artikel 13

## Anpassung des Rundfunkgebührenrechts

(1) Der Rundfunkgebührenstaatsvertrag vom 5. Dezember 1974 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 6 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) <sup>1</sup>Die Deutsche Bundespost, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die für private Veranstalter nach Landesrecht zuständigen Stellen sind von der Rundfunkgebührenpflicht befreit, soweit sie Rundfunkempfangsgeräte für dienstliche Zwecke bereithalten. <sup>2</sup>Private Rundfunkveranstalter oder -anbieter werden auf Antrag gegen Vorlage ihrer Berechtigung zur Veranstaltung oder zum Anbieten von Rundfunk im Geltungsbereich des Grundgesetzes von der Rundfunkgebührenpflicht befreit, soweit sie Rundfunkempfangsgeräte für betriebliche Zwecke bereithalten.“

2. Artikel 8 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Aufkommen aus der Grundgebühr steht der Landesrundfunkanstalt und in dem im besonderen Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr bestimmten Umfang der nach Landesrecht zuständigen Stelle zu, in deren Bereich das Rundfunkempfangsgerät zum Empfang bereitgehalten wird.“

(2) <sup>1</sup>Das Aufkommen aus der Fernsehgebühr steht der Landesrundfunkanstalt und in dem im besonderen Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr bestimmten Umfang der nach Landesrecht zuständigen Stelle, in deren Bereich das Fernsehempfangsgerät zum Empfang bereitgehalten wird, sowie dem ZDF zu. <sup>2</sup>Der Anteil des ZDF nach § 23 Absatz 1 des ZDF-Staatsvertrages errechnet sich aus dem Aufkommen aus der Fernsehgebühr nach Abzug der Anteile der nach Landesrecht zuständigen Stellen.

(3) Nimmt eine nach Landesrecht zuständige Stelle ihr zustehende Anteile an der Rundfunkgebühr nicht in Anspruch, stehen diese Anteile den Landesrundfunkanstalten zu.

(4) <sup>1</sup>Die Rundfunkgebühren sind an die zuständige Landesrundfunkanstalt als Schickschuld zu entrichten. <sup>2</sup>Die Landesrundfunkanstalten können eine andere Stelle mit der Einziehung beauftragen; diese Stelle ist in den amtlichen Verkündungsblättern der Länder öffentlich bekanntzumachen. <sup>3</sup>Die Landesrundfunkanstalten oder die von ihnen beauftragte Stelle führen die Anteile, die dem ZDF und den nach Landesrecht zuständigen Stellen zustehen, an diese ab. <sup>4</sup>Die Kosten des Gebühreneinzugs tragen die Landesrundfunkanstalten, das ZDF und die nach Landesrecht zuständigen Stellen entsprechend ihren Anteilen.

(5) <sup>1</sup>Ist eine Rundfunkgebühr ohne rechtlichen Grund entrichtet worden, hat derjenige, auf dessen Rechnung die Zahlung bewirkt worden ist, gegen die zuständige Landesrundfunkanstalt einen Anspruch auf Erstattung des entrichteten Betrages. <sup>2</sup>Der Erstattungsanspruch verjährt mit Ende des vierten Jahres, das auf das Jahr folgt, in dem der Anspruch entstanden ist. <sup>3</sup>Das ZDF und die nach Landesrecht zuständigen Stellen haben die auf sie entfallenden Anteile des Erstattungsbetrages an die zuständige Landesrundfunkanstalt abzuführen.

(6) <sup>1</sup>Bescheide über rückständige Rundfunkgebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren vollstreckt. <sup>2</sup>Ersuchen um Vollstreckungshilfe gegen Gebührenschuldner, die in anderen Ländern ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort haben, können von der Landesrundfunkanstalt, an die die Gebühr zu entrichten ist, unmittelbar an die für den Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort zuständige Vollstreckungsbehörde gerichtet werden.“

(2) Der Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr und zur Änderung des Staatsvertrages über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten vom 6. Juli/26. Oktober 1982 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Die Rundfunkgebühr wird wie folgt festgesetzt:

Die Grundgebühr beträgt monatlich 5,16 DM,  
die Fernsehgebühr monatlich 11,44 DM.“

2. Artikel 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Die Landesrundfunkanstalten haben jährlich den Betrag von 52,125 Millionen DM von der ihnen zustehenden Grundgebühr an den Deutschlandfunk abzuführen. <sup>2</sup>Die Anteile dieser Rundfunkanstalten bemessen sich nach dem zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages geltenden Grundgebührenschlüssel.“

3. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„(1) <sup>1</sup>Die Höhe des Anteils der nach Landesrecht zuständigen Stellen beträgt 2 vom Hundert des Aufkommens aus der Grundgebühr und 2 vom Hundert des Aufkommens aus der Fernsehgebühr. <sup>2</sup>Aus dem jährlichen Gesamtaufkom-

men des Anteils aller nach Landesrecht zuständigen Stellen erhält jede nach Landesrecht zuständige Stelle vorab einen Sockelbetrag von 500 000 DM. <sup>3</sup>Das verbleibende Aufkommen steht den einzelnen nach Landesrecht zuständigen Stellen im Verhältnis des Aufkommens in ihren Ländern zu.

(2) <sup>1</sup>Die nach Landesrecht zuständigen Stellen erhalten auf Anforderung von ihrer zuständigen Landesrundfunkanstalt jeweils zur Mitte eines Kalendervierteljahres angemessene Abschlagszahlungen. <sup>2</sup>Die Schlußzahlung für ein Kalenderjahr ist spätestens sechs Monate nach Ablauf des Kalenderjahres zu leisten.“

(3) <sup>1</sup>Die Änderungen nach Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 gelten ab 1. Januar 1988 zunächst bis zum 31. Dezember 1988. <sup>2</sup>Sie gelten ab 1. Januar 1989 bei einer Änderung des besonderen Staatsvertrages über die Höhe der Rundfunkgebühr aufgrund der nächsten Rundfunkgebührenerhöhung fort.

(4) Die Kündigungen des Rundfunkgebührenstaatsvertrages und des Vertragsverhältnisses nach dem Ersten Abschnitt des Staatsvertrages über die Höhe der Rundfunkgebühr und zur Änderung des Staatsvertrages über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten durch die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zum 31. Dezember 1987 sind mit Unterzeichnung dieses Rundfunkstaatsvertrages aufgehoben.

#### Artikel 14

##### Kündigung

(1) <sup>1</sup>Dieser Staatsvertrag gilt für unbestimmte Zeit; Artikel 13 Absatz 3 bleibt unberührt. <sup>2</sup>Der Staatsvertrag kann von jedem der vertragschließenden Länder zum Schluß des Kalenderjahres mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. <sup>3</sup>Die Kündigung kann erstmals zum 31. Dezember 1988 erfolgen. <sup>4</sup>Wird der Staatsvertrag zu diesem Termin nicht gekündigt, kann die Kündigung mit gleicher Frist jeweils zu einem vier Jahre späteren Termin erfolgen. <sup>5</sup>Die Kündigung ist gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz schriftlich zu erklären. <sup>6</sup>Kündigt ein Land diesen Staatsvertrag, kann es zugleich den Rundfunkgebührenstaatsvertrag und den Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr zum gleichen Zeitpunkt kündigen; jedes andere Land kann daraufhin innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der Kündigungserklärung dementsprechend ebenfalls zum gleichen Zeitpunkt kündigen. <sup>7</sup>Zwischen den übrigen Ländern bleiben diese Staatsverträge in Kraft.

(2) Im Falle der Kündigung verbleibt es bei der vorgenommenen Aufteilung der Kanäle, solange für diese Kanäle noch Berechtigungen bestehen.

(3) <sup>1</sup>Artikel 3 Absätze 4 bis 6 kann von jedem der vertragschließenden Länder auch gesondert zum Schluß des Kalenderjahres, das auf die Feststellung des Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemäß Artikel 4 folgt, mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden, wenn der besondere Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr nicht nach der Feststellung des Finanzbedarfs gemäß Artikel 4 aufgrund einer Rundfunkgebührenerhöhung geändert wird. <sup>2</sup>Die Kündigung kann erstmals zum 31. Dezember 1990 oder bei einer An-

derung des besonderen Staatsvertrages über die Höhe der Rundfunkgebühr aufgrund einer Rundfunkgebührenerhöhung zum 1. Januar 1989 erstmals zum 31. Dezember 1992 erfolgen. <sup>3</sup>Wird Artikel 3 Absätze 4 bis 6 zu einem dieser Termine nicht gekündigt, kann die Kündigung mit gleicher Frist jeweils zu einem vier Jahre späteren Termin erfolgen. <sup>4</sup>Die Kündigung ist gegenüber dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz schriftlich zu erklären. <sup>5</sup>Kündigt ein Land, kann jedes Land innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Kündigungserklärung den Rundfunkgebührenstaatsvertrag und den Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr zum gleichen Zeitpunkt kündigen. <sup>6</sup>In diesem Fall kann jedes Land außerdem innerhalb weiterer drei Monate nach Eingang der Kündigungserklärung nach Satz 5 die Artikel 3 Absatz 1 Satz 4 sowie Artikel 4 und 5 hinsichtlich einzelner oder sämtlicher Bestimmungen zum gleichen Zeitpunkt kündigen. <sup>7</sup>Zwischen den übrigen Ländern bleiben die gekündigten Bestimmungen dieses Staatsvertrages und die in Satz 5 angegebenen Staatsverträge in Kraft.

(4) <sup>1</sup>Für die Länder, die durch Kündigung aus diesem Staatsvertrag ganz oder teilweise ausscheiden, gelten für die Werbung die staatsvertraglichen oder aufgrund von Staatsverträgen vereinbarten Regelungen, die vor Inkrafttreten dieses Staatsvertrages maßgebend waren. <sup>2</sup>Bis zum Ausscheiden getroffene Vereinbarungen nach Artikel 5 für die Werbung im Fernsehen gelten fort. <sup>3</sup>Artikel 2 bleibt im Falle der Kündigung einzelner Länder unberührt.

#### Artikel 15

##### Regelung für Bayern

<sup>1</sup>Der Freistaat Bayern ist berechtigt, eine Verwendung des Anteils an der Rundfunkgebühr nach Artikel 6 zur Finanzierung der landesgesetzlich bestimmten Aufgaben der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft vorzusehen. <sup>2</sup>Im übrigen finden die für private Veranstalter geltenden Bestimmungen dieses Staatsvertrages auf Anbieter nach bayerischem Recht entsprechende Anwendung.

#### Artikel 16

##### Geltungsbereich, Inkrafttreten

(1) Soweit dieser Staatsvertrag keine anderweitigen Regelungen für die Veranstaltung und Verbreitung von Rundfunkprogrammen enthält oder zuläßt, sind die für die jeweilige Rundfunkanstalt oder den jeweiligen privaten Veranstalter geltenden landesrechtlichen Vorschriften anzuwenden.

(2) <sup>1</sup>Für die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF gelten Artikel 9 Absatz 4 und Artikel 10 entsprechend. <sup>2</sup>Im Falle des Artikel 10 Absatz 4 entscheidet die Rundfunkanstalt.

(3) <sup>1</sup>Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Dezember 1987 in Kraft. <sup>2</sup>Sind bis zum 30. November 1987 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(4) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Baden-Württemberg:**

Lothar Späth

Bonn, den 3. April 1987

**Für den Freistaat Bayern:**

Franz Josef Strauß

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Berlin:**

Eberhard Diepgen

Bremen, den 1. April 1987

**Für die Freie Hansestadt Bremen:**

Klaus Wedemeier

Bonn, den 3. April 1987

**Für die Freie und Hansestadt Hamburg:**

Klaus von Dohnanyi

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Schleswig-Holstein:**

Uwe Barschel

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Hessen:**

Holger Börner

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Niedersachsen:**

Albrecht

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Nordrhein-Westfalen:**

Johannes Rau

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Land Rheinland-Pfalz:**

Bernhard Vogel

Bonn, den 3. April 1987

**Für das Saarland:**

Oskar Lafontaine

200-25-1-I

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über die Einrichtung und Organisation  
der staatlichen Behörden für das Bauwesen  
in der Unterstufe**

Vom 28. Juli 1987

Auf Grund des Art. 5 des Gesetzes Nr. 112 über die behördliche Organisation des Bauwesens und des Wohnungswesens (BayRS 200-25-1) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

## § 1

Der Abschnitt „Regierungsbezirk Oberbayern“ in Anlage 1 der Verordnung über die Einrichtung und Organisation der staatlichen Behörden für das Bauwesen in der Unterstufe (BayRS 200-25-1-I), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juni 1985 (GVBl S. 181), erhält folgende Fassung:

**„Regierungsbezirk Oberbayern“**

|   |            |            |   |
|---|------------|------------|---|
| Landbauamt Eichstätt                    | Eichstätt  | Ingolstadt | Eichstätt   |
| Straßenbauamt Ingolstadt                | Ingolstadt |            | Neuburg-Schrobenhausen  |
| Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt         | Ingolstadt |            | Pfaffenhofen a. d. Ilm  |
| Landbauamt München                      | München    | München    | München   |
| Bauamt Technische Universität München*) | München    |            | Dachau<br>Fürstenfeldbruck<br>Starnberg   |
| Landbauamt Freising                     | Freising   |            | Ebersberg<br>Erding<br>Freising   |
| Straßenbauamt München                   | München    | München    | Dachau<br>Ebersberg<br>Erding<br>Freising<br>Fürstenfeldbruck<br>München<br>Starnberg |
| Wasserwirtschaftsamt München            | München    | München    | Ebersberg<br>München<br>Starnberg   |
| Wasserwirtschaftsamt Freising           | Freising   |            | Erding<br>Freising<br>Dachau<br>Fürstenfeldbruck                                      |
| Landbauamt Rosenheim                    | Rosenheim  | Rosenheim  | Miesbach  |
| Straßenbauamt Rosenheim                 | Rosenheim  |            | Mühldorf a. Inn   |
| Wasserwirtschaftsamt Rosenheim          | Rosenheim  |            | Rosenheim   |

|                                 |                |  |
|---------------------------------|----------------|--|
| Landbauamt Traunstein           | Traunstein     | Altötting                              |
| Straßenbauamt Traunstein        | Traunstein     | Berchtesgadener Land                   |
| Wasserwirtschaftsamt Traunstein | Traunstein     | Traunstein                             |
| Landbauamt Weilheim             | Weilheim i. OB | Bad Tölz-Wolfratshausen                |
| Straßenbauamt Weilheim          | Weilheim i. OB | Garmisch-Partenkirchen                 |
| Wasserwirtschaftsamt Weilheim   | Weilheim i. OB | Landsberg a. Lech<br>Weilheim-Schongau |

\*) In diesem Amtsbezirk werden die Aufgaben des Landbauamts vom Bauamt Technische Universität München mit wahrgenommen.“

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1988 in Kraft.

München, den 28. Juli 1987

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Franz Josef Strauß

2242-1-2-WK

### **Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz**

**Vom 6. Juli 1987**

Auf Grund des Art. 21 Abs. 2 und 4 des Denkmalschutzgesetzes (BayRS 2242-1-WK) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen und mit Zustimmung des Bayerischen Landtags folgende Verordnung:

## § 1

§ 2 der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz (BayRS 2242-1-2-WK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Februar 1984 (GVBl S. 87), erhält folgende Fassung:

## „§ 2

Die Beiträge des Freistaates Bayern und der Gemeinden zum Entschädigungsfonds werden auf jährlich je 10 Millionen Deutsche Mark, für die Jahre 1984 bis 1990 auf jährlich je 15 Millionen Deutsche Mark festgesetzt.“

## § 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft.

München, den 6. Juli 1987

**Bayerisches Staatsministerium  
für Wissenschaft und Kunst**

Prof. W. Wild, Staatsminister

7803-12-E

## Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft sowie für Waldwirtschaft

Vom 15. Juli 1987

Auf Grund von Art. 23 Abs. 2 und 4, Art. 24 Abs. 2 Satz 2, Art. 29 Abs. 2 Satz 1, Art. 66 und Art. 97 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

### § 1

Die Schulordnung für die staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft sowie für Waldwirtschaft vom 10. Mai 1983 (GVBl S. 403) wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 3 Nr. 5 wird gestrichen; die bisherige Nummer 6 wird Nummer 5.
2. § 7 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Datum „1. Mai“ durch das Datum „1. April“ ersetzt.
  - b) Absatz 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:  
„Abgeleiteter Grundwehr- und Zivildienst werden dabei bis zur Hälfte der Grundwehrdienstzeit angerechnet.“
3. § 11 Abs. 4 und 5 werden aufgehoben.
4. § 19 wird aufgehoben.
5. § 20 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Der Schulleiter übt das Hausrecht aus.“
6. § 24 Abs. 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:  
„Abweichend von den vorstehenden Bestimmungen werden in der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung in den fachpraktischen Pflichtfächern in jedem Schuljahr mindestens je zwei praktische Schulaufgaben durchgeführt.“
7. § 25 wird wie folgt geändert:
  - a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:  
„In den Prüfungsfächern nach § 28 können im ersten Schuljahr die geforderten mündlichen Leistungen durch eine Einzelprüfung von mindestens 15 Minuten Dauer erbracht werden; die Lehrkraft gibt rechtzeitig vorher den Umfang der Prüfungsinhalte bekannt.“
  - b) In Absatz 3 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:  
„In der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung sind in den fachpraktischen Pflichtfächern auch praktische Stegreifaufgaben zu erbringen.“  
Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

8. § 26 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:

„Zum Abschluß des zweiten Semesters erhalten die Studierenden ein Zwischenzeugnis nach dem vom Staatsministerium herausgegebenen Vordruck;“

9. § 28 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. Fachrichtung Landbau

a) Pflanzliche Erzeugung und Vermarktung,

b) Tierische Erzeugung und Vermarktung,

c) Landmaschinenteknik,

d) Betriebslehre,

e) Berufs- und Arbeitspädagogik;“

- b) In Nummer 2 Buchst. c werden die Worte „Maschinen- und Bautechnik“ durch die Worte „Technik und Bauen“ und in Buchst. d die Worte „Wirtschaftslehre des Gartenbaues“ durch das Wort „Betriebswirtschaftslehre“ ersetzt.

- c) In Nummer 3 Buchst. a wird das Wort „Gartentechnik“ durch die Worte „Technik des Grünflächenbaues“ und in Buchst. d die Worte „Wirtschaftslehre des Gartenbaues“ durch das Wort „Betriebswirtschaftslehre“ ersetzt.

- d) In Nummer 4 Buchst. a wird das Wort „Weinbau“ durch die Worte „Weinbauliche Produktion“, in Buchst. c werden die Worte „Technik im Weinbau und in der Kellerwirtschaft“ durch die Worte „Maschinen- und Verfahrenstechnik“ und in Buchst. d die Worte „Wirtschaftslehre des Weinbaues und der Kellerwirtschaft“ durch das Wort „Betriebswirtschaftslehre“ ersetzt.

- e) In Nummer 5 Buchst. b wird das Wort „Nahrungszubereitung“ durch das Wort „Lebensmittelkunde“ ersetzt.

10. § 29 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:

„hierfür reicht der Schulleiter für die Prüfungsfächer nach Buchstaben a bis d je drei Vorschläge, für das Prüfungsfach nach Buchstabe e einen Vorschlag ein.“

- b) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Im Prüfungsraum führen zwei vom Schulleiter beauftragte Personen die Aufsicht, von

denen mindestens eine Lehrkraft der Technikerschule sein muß; die Aufsichtspersonen sind namentlich zu vermerken.“

c) Absatz 6 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden von der zuständigen Lehrkraft als Erstprüfer und einem vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmten Zweitprüfer bewertet.“

11. § 31 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) An der Technikerschule für Waldwirtschaft findet im Fach nach § 28 Nr. 7 Buchst. c zusätzlich eine praktische Prüfung gemäß § 10 der Jäger- und Falknerprüfungsordnung vom 1. Februar 1983 (GVBl S. 25) in der jeweils geltenden Fassung statt; die Prüfungszeit beträgt 30 Minuten.“

12. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 5 Satz 1 Halbsatz 1 und Satz 2 erhalten folgende Fassung:

aa) „Studierende, die die Technikerprüfung bestanden haben, erhalten ein Technikerzeugnis nach dem vom Staatsministerium herausgegebenen Vordruck und eine Urkunde;“;

bb) „Das Technikerzeugnis enthält einen Hinweis im Sinn von § 34 Abs. 2, an der Technikerschule für Waldwirtschaft auch im Sinn des § 35.“

b) In Absatz 6 wird „(Anlage 10)“ durch die Worte „nach dem vom Staatsministerium herausgegebenen Vordruck“ ersetzt.

13. § 35 erhält folgende Fassung:

„§ 35

Berechtigung zum Jagdscheinerwerb

Die Technikerprüfung an der Technikerschule für Waldwirtschaft gilt nur dann als bestandene Prüfung im Sinn des § 14 Nr. 3 der Jäger- und Falknerprüfungsordnung, wenn im Prüfungsfach „Jagdwesen“ in der schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung jeweils mindestens die Note „ausreichend“ erzielt wurde.“

14. In § 40 Abs. 3 Satz 1 wird „Anlage 11“ durch die Worte „dem vom Staatsministerium herausgegebenen Vordruck“ ersetzt.

15. Die Anlagen 1 bis 7 werden durch die **Anlagen 1 bis 7 dieser Verordnung** ersetzt.

16. Die Anlagen 8 bis 11 werden aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 1987 in Kraft.

München, den 15. Juli 1987

**Bayerisches Staatsministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Hans Eisenmann, Staatsminister

**Anlage 1**  
 (zu § 9 Abs. 1)

**Studentafel**  
**für die Fachrichtung Landbau**

|       |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    | Summe<br>1 bis 4 |
|-------|---|--|----|----|----|------------------|
|       |   | 1  | 2  | 3  | 4  |                  |
| 1.    | <b>Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |                  |
| 1.1   | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>                                 |  |    |    |    |                  |
| 1.1.1 | Deutsch   | 3  | 3  | —  | —  | 6                |
| 1.1.2 | Mathematik  | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.1.3 | Datenverarbeitung   | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 1.2   | <b>Technik der landwirtschaftlichen Produktion</b>              |  |    |    |    |                  |
| 1.2.1 | Naturwissenschaftliche Grundlagen<br>(Chemie, Physik, Biologie) | 8  | 6  | —  | —  | 14               |
| 1.2.2 | Pflanzliche Erzeugung und Vermarktung                           | 3  | 5  | 5  | 5  | 18               |
| 1.2.3 | Landespflege und Umweltschutz                                   | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 1.2.4 | Tierische Erzeugung und Vermarktung                             | 4  | 4  | 5  | 5  | 18               |
| 1.2.5 | Landmaschinentechnik  | 3  | 3  | 3  | 3  | 12               |
| 1.2.6 | Baukunde und Vermessungslehre                                   | 1  | 1  | 2  | 2  | 6                |
| 1.2.7 | Versuchstechnik   | —  | —  | 3  | 3  | 6                |
| 1.3   | <b>Wirtschaftslehre des Landbaues</b>                           |  |    |    |    |                  |
| 1.3.1 | Betriebslehre   | 2  | 2  | 4  | 4  | 12               |
| 1.3.2 | Buchführung und Steuerkunde                                     | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.3.3 | Marktwirtschaft und Agrarpolitik                                | —  | —  | 2  | 2  | 4                |
| 1.4   | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>                             |  |    |    |    |                  |
| 1.4.1 | Berufs- und Arbeitspädagogik                                    | —  | —  | 4  | 3  | 7                |
|       | Mindestpflichtstundenzahl                                       | 32   | 32 | 32 | 31 | 127              |
| 2.    | <b>Zusatzfächer für die Fachschul-<br/>reifeprüfung</b>         |  |    |    |    |                  |
| 2.1   | Deutsch (Vertiefung)  | —  | —  | 2  | 2  | 4                |
| 2.2   | Mathematik (Vertiefung)   | —  | 2  | 2  | 3  | 7                |
| 2.3   | Englisch  | 4  | 4  | 3  | 4  | 15               |
|       |   | 4  | 6  | 7  | 9  | 26               |
| 3.    | <b>Wahlfächer</b>   |  |    |    |    |                  |
| 3.1   | Deutsch (Ergänzung)   | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 3.2   | Mathematik (Ergänzung)  | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 3.3   | Datenverarbeitung (Vertiefung)                                  | —  | —  | 1  | 1  | 2                |
| 3.4   | Sport   | 1  | 1  | 1  | 1  | 4                |

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

**Studentafel**  
**für die Fachrichtung Gartenbau und Weinbau**  
**- Fachgebiet Produktionsgartenbau -**

|       |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    | Summe<br>1 bis 4 |
|-------|---|--|----|----|----|------------------|
|       |   | 1  | 2  | 3  | 4  |                  |
| 1.    | <b>Pflichtfächer</b>                                    |  |    |    |    |                  |
| 1.1   | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>                         |  |    |    |    |                  |
| 1.1.1 | Deutsch   | 3  | 3  | -  | -  | 6                |
| 1.1.2 | Mathematik  | 3  | 3  | -  | -  | 6                |
| 1.1.3 | Datenverarbeitung                                       | 2  | 2  | -  | -  | 4                |
| 1.2   | <b>Gartenbauliche Erzeugung</b>                         |  |    |    |    |                  |
| 1.2.1 | Chemie  | 2  | 2  | -  | -  | 4                |
| 1.2.2 | Physik mit Wetterkunde                                  | 2  | 2  | -  | -  | 4                |
| 1.2.3 | Bodenkunde und Pflanzenernährung                        | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.2.4 | Botanik und Pflanzenschutz                              | 2  | 2  | 3  | 3  | 10               |
| 1.2.5 | Technik der pflanzlichen Erzeugung                      | 6  | 6  | 10 | 10 | 32               |
| 1.2.6 | Versuchstechnik   | -  | -  | 2  | 2  | 4                |
| 1.2.7 | Friedhofsgartenbau                                      | 2  | -  | -  | -  | 2                |
| 1.2.8 | Obst- und Gemüseverarbeitung                            | -  | 2  | -  | -  | 2                |
| 1.3   | <b>Wirtschaftslehre und Technik</b>                     |  |    |    |    |                  |
| 1.3.1 | Betriebswirtschaftslehre                                | 4  | 4  | 5  | 5  | 18               |
| 1.3.2 | Technik und Bauen                                       | 2  | 2  | 4  | 4  | 12               |
| 1.3.3 | Rechts- und Sozialkunde                                 | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.3.4 | Marktwirtschaft und Agrarpolitik                        | -  | -  | 1  | 1  | 2                |
| 1.4   | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>                     |  |    |    |    |                  |
| 1.4.1 | Berufs- und Arbeitspädagogik                            | -  | -  | 3  | 4  | 7                |
| 1.5   | <b>Seminare und Übungen</b>                             | -  | 2  | 2  | -  | 4                |
|       | Mindestpflichtstunden                                   | 32   | 34 | 34 | 33 | 133              |
| 2.    | <b>Zusatzfächer für die Fachschul-<br/>reifeprüfung</b> |  |    |    |    |                  |
| 2.1   | Deutsch (Vertiefung)                                    | -  | -  | 2  | 2  | 4                |
| 2.2   | Mathematik (Vertiefung)                                 | -  | 2  | 2  | 3  | 7                |
| 2.3   | Englisch  | 4  | 4  | 3  | 4  | 15               |
|       |   | 4  | 6  | 7  | 9  | 26               |
| 3.    | <b>Wahlfächer</b>                                       |  |    |    |    |                  |
| 3.1   | Landespflege und Umweltschutz (Vertiefung)              | -  | -  | 1  | 1  | 2                |
| 3.2   | Blumen- und Pflanzenverarbeitung                        | 1  | 1  | -  | -  | 2                |
| 3.3   | Datenverarbeitung (Vertiefung)                          | -  | -  | 1  | 1  | 2                |
| 3.4   | Sport   | -  | 2  | -  | 2  | 4                |

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

**Anlage 3**  
(zu § 9 Abs. 1)**Studentenafel**  
**für die Fachrichtung Gartenbau und Weinbau**  
**- Fachgebiet Garten- und Landschaftsbau**

|           |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    | Summe<br>1 bis 4 |
|-----------|---|--|----|----|----|------------------|
|           |   | 1  | 2  | 3  | 4  |                  |
| <b>1.</b> | <b>Pflichtfächer</b>                              |  |    |    |    |                  |
| 1.1       | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>                   |  |    |    |    |                  |
| 1.1.1     | Deutsch   | 3  | 3  | —  | —  | 6                |
| 1.1.2     | Mathematik  | 3  | 3  | —  | —  | 6                |
| 1.1.3     | Datenverarbeitung                                 | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 1.2       | <b>Garten- und Landschaftsbau</b>                 |  |    |    |    |                  |
| 1.2.1     | Bodenkunde und Pflanzenernährung                  | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 1.2.2     | Botanik und Pflanzenschutz                        | 2  | 2  | —  | —  | 4                |
| 1.2.3     | Technik des Grünflächenbaues                      | 4  | 4  | 7  | 7  | 22               |
| 1.2.4     | Stauden- und Gehölzkunde                          | 3  | 3  | 5  | 5  | 16               |
| 1.2.5     | Vermessungstechnik                                | 3  | 3  | 4  | 4  | 14               |
| 1.2.6     | Planzeichen                                       | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.2.7     | Landespflege und Umweltschutz                     | —  | —  | 2  | 2  | 4                |
| 1.3       | <b>Wirtschaftslehre und Technik</b>               |  |    |    |    |                  |
| 1.3.1     | Betriebswirtschaftslehre                          | 4  | 4  | 4  | 4  | 16               |
| 1.3.2     | Maschinentechnik                                  | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.3.3     | Rechts- und Sozialkunde                           | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.3.4     | Volkswirtschaft und Agrarpolitik                  | —  | —  | —  | 2  | 2                |
| 1.4       | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>               |  |    |    |    |                  |
| 1.4.1     | Berufs- und Arbeitspädagogik                      | —  | —  | 4  | 3  | 7                |
| 1.5       | <b>Seminare und Übungen</b>                       | —  | 2  | 2  | —  | 4                |
|           | Mindestpflichtstunden                             | 32   | 34 | 34 | 33 | 133              |
| <b>2.</b> | <b>Zusatzfächer für die Fachschulreifeprüfung</b> |  |    |    |    |                  |
| 2.1       | Deutsch (Vertiefung)                              | —  | —  | 2  | 2  | 4                |
| 2.2       | Mathematik (Vertiefung)                           | —  | 2  | 2  | 3  | 7                |
| 2.3       | Englisch  | 4  | 4  | 3  | 4  | 15               |
|           |   | 4  | 6  | 7  | 9  | 26               |
| <b>3.</b> | <b>Wahlfächer</b>                                 |  |    |    |    |                  |
| 3.1       | Friedhofsgartenbau                                | 2  | —  | —  | —  | 2                |
| 3.2       | Sport   | —  | 2  | —  | 2  | 4                |
| 3.3       | Geschichte der Gartenkunst                        | 2  | —  | —  | —  | 2                |
| 3.4       | Datenverarbeitung (Vertiefung)                    | —  | —  | 1  | 1  | 2                |
| 3.5       | Landespflege und Umweltschutz (Vertiefung)        | —  | 2  | —  | —  | 2                |

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

**Studentenafel**  
**für das Fachgebiet Weinbau und Kellerwirtschaft**  
**- Schwerpunkte Weinbau und Kellerwirtschaft -**

|       |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    | Summe<br>1 bis 4 |
|-------|---|--|----|----|----|------------------|
|       |   | 1  | 2  | 3  | 4  |                  |
| 1.    | <b>Pflichtfächer</b>                              |  |    |    |    |                  |
| 1.1   | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>                   |  |    |    |    |                  |
| 1.1.1 | Deutsch   | 3  | 3  | -  | -  | 6                |
| 1.1.2 | Mathematik  | 3  | 3  | -  | -  | 6                |
| 1.1.3 | Physik mit Wetterkunde                            | 2  | 2  | -  | -  | 4                |
| 1.1.4 | Datenverarbeitung                                 | 2  | 2  | -  | -  | 4                |
| 1.2   | <b>Weinbau</b>                                    |  |    |    |    |                  |
| 1.2.1 | Bodenkunde und Pflanzenernährung                  | 2  | 3  | -  | -  | 5                |
| 1.2.2 | Botanik und Pflanzenschutz                        | 2  | 1  | 1  | 2  | 6                |
| 1.2.3 | Weinbauliche Produktion                           | 2  | 2  | 7  | 7  | 18               |
| 1.3   | <b>Weinbereitung</b>                              |  |    |    |    |                  |
| 1.3.1 | Weinchemie, Weinuntersuchung und Mikrobiologie    | 3  | 3  | 3  | 3  | 12               |
| 1.3.2 | Kellerwirtschaft                                  | 4  | 4  | 4  | 4  | 16               |
| 1.3.3 | Weinrecht und Weinbuchführung                     | -  | -  | 2  | 1  | 3                |
| 1.4   | <b>Wirtschaftslehre und Technik</b>               |  |    |    |    |                  |
| 1.4.1 | Betriebswirtschaftslehre                          | 3  | 3  | 5  | 6  | 17               |
| 1.4.2 | Maschinen- und Verfahrenstechnik                  | 4  | 4  | 4  | 4  | 16               |
| 1.4.3 | Rechts- und Sozialkunde                           | -  | 2  | 3  | 2  | 7                |
| 1.4.4 | Marktwirtschaft und Agrarpolitik                  | 2  | -  | -  | -  | 2                |
| 1.5   | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>               |  |    |    |    |                  |
| 1.5.1 | Berufs- und Arbeitspädagogik                      | -  | -  | 3  | 4  | 7                |
| 1.6   | <b>Seminare und Übungen</b>                       | -  | 2  | 2  | -  | 4                |
|       | Mindestpflichtstunden                             | 32   | 34 | 34 | 33 | 133              |
| 2.    | <b>Zusatzfächer für die Fachschulreifeprüfung</b> |  |    |    |    |                  |
| 2.1   | Deutsch (Vertiefung)                              | -  | -  | 2  | 2  | 4                |
| 2.2   | Mathematik (Vertiefung)                           | -  | 2  | 2  | 3  | 7                |
| 2.3   | Englisch  | 4  | 4  | 3  | 4  | 15               |
|       |   | 4  | 6  | 7  | 9  | 26               |
| 3.    | <b>Wahlfächer</b>                                 |  |    |    |    |                  |
| 3.1   | Umweltschutz                                      | -  | 2  | -  | -  | 2                |
| 3.2   | Getränketechnologie                               | -  | -  | 2  | -  | 2                |
| 3.3   | Datenverarbeitung (Vertiefung)                    | -  | -  | 1  | 1  | 2                |
| 3.4   | Sport   | -  | 2  | -  | 2  | 4                |

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

## Studentenafel für die Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung

**Anlage 5**  
(zu § 9 Abs. 1)

|       |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    | Summe<br>1 bis 4 |
|-------|---|--|----|----|----|------------------|
|       |   | 1  | 2  | 3  | 4  |                  |
| 1.    | <b>Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |                  |
| 1.1   | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>                                 |  |    |    |    |                  |
| 1.1.1 | Deutsch   | 3  | 3  | –  | –  | 6                |
| 1.1.2 | Mathematik  | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.1.3 | Datenverarbeitung   | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 1.1.4 | Naturwissenschaftliche Grundlagen<br>(Chemie, Physik, Biologie) | 6  | 6  | –  | –  | 12               |
| 1.2   | <b>Hauswirtschaft und Ernährung</b>                             |  |    |    |    |                  |
| 1.2.1 | Wirtschaftslehre des Haushalts                                  | –  | –  | 4  | 4  | 8                |
| 1.2.2 | Haushaltstechnik  | –  | –  | 4  | 4  | 8                |
| 1.2.3 | Ernährungslehre und Lebensmittelkunde                           | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.2.4 | Gesundheit und Sozialhygiene                                    | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 1.2.5 | Textil- und Warenkunde  | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.2.6 | Hausgartenbau   | 1  | 2  | 2  | 2  | 7                |
| 1.2.7 | Nahrungszubereitung <sup>1)</sup>                               | 3  | 3  | 4  | 4  | 14               |
| 1.2.8 | Textilverarbeitung <sup>1)</sup>                                | 3  | 3  | 4  | 4  | 14               |
| 1.2.9 | Haus- und Textilpflege <sup>1)</sup>                            | 3  | 2  | –  | –  | 5                |
| 1.3   | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>                             |  |    |    |    |                  |
| 1.3.1 | Berufs- und Arbeitspädagogik                                    | –  | –  | 4  | 3  | 7                |
| 1.4   | <b>Landwirtschaft</b>   |  |    |    |    |                  |
| 1.4.1 | Betriebslehre   | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 1.4.2 | Buchführung und Steuerkunde                                     | –  | –  | 3  | 3  | 6                |
| 1.4.3 | Marktwirtschaft und Agrarpolitik                                | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
|       | Mindestpflichtstunden   | 33   | 33 | 31 | 30 | 127              |
| 2.    | <b>Zusatzfächer für die Fachschul-<br/>reifeprüfung</b>         |  |    |    |    |                  |
| 2.1   | Deutsch (Vertiefung)  | –  | –  | 2  | 2  | 4                |
| 2.2   | Mathematik (Vertiefung)   | –  | 2  | 2  | 3  | 7                |
| 2.3   | Englisch  | 4  | 4  | 3  | 4  | 15               |
|       |   | 4  | 6  | 7  | 9  | 26               |
| 3.    | <b>Wahlfächer</b>   |  |    |    |    |                  |
| 3.1   | Deutsch (Ergänzung)   | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 3.2   | Mathematik (Ergänzung)  | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 3.3   | Landespflege und Umweltschutz                                   | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 3.4   | Datenverarbeitung (Vertiefung)                                  | –  | –  | 1  | 1  | 2                |
| 3.5   | Sport   | 1  | 1  | 1  | 1  | 4                |

<sup>1)</sup> fachpraktisches Pflichtfach

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

### Studentenafel für die Fachrichtung Milchwirtschaft und Molkereiwesen

|       |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    | Summe<br>1 bis 4 |
|-------|---|--|----|----|----|------------------|
|       |   | 1  | 2  | 3  | 4  |                  |
| 1.    | <b>Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |                  |
| 1.1   | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>   |  |    |    |    |                  |
| 1.1.1 | Deutsch   | 3  | 3  | –  | –  | 6                |
| 1.1.2 | Mathematik  | –  | 2  | 2  | 2  | 6                |
| 1.1.3 | Datenverarbeitung   | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 1.2   | <b>Technik und Technologie in der<br/>Milchwirtschaft</b>   |  |    |    |    |                  |
| 1.2.1 | Chemie und Physik einschl. Elektronik   | 3  | 3  | 3  | 3  | 12               |
| 1.2.2 | Mikrobiologie und Milcherzeugung  | 2  | 2  | 2  | 1  | 7                |
| 1.2.3 | Molkereitechnik einschl. Verfahrenstechnik  | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.2.4 | Butterei- und Käsertechnologie  | 2  | 2  | 2  | 3  | 9                |
| 1.2.5 | Technologie der Frischmilch- und Dauer-<br>milcherzeugnisse einschl. sonstiger Produkte<br>auf Milchbasis | 2  | 2  | 3  | 2  | 9                |
| 1.3   | <b>Wirtschaftslehre</b>   |  |    |    |    |                  |
| 1.3.1 | Milchwirtschaftliche Betriebswirtschaftslehre   | 2  | 1  | 2  | 2  | 7                |
| 1.3.2 | Rechnungswesen  | 2  | 2  | 2  | 3  | 9                |
| 1.4   | <b>Rechtskunde</b>  |  |    |    |    |                  |
| 1.4.1 | Rechtskunde   | 2  | 1  | 2  | 2  | 7                |
| 1.5   | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>   |  |    |    |    |                  |
| 1.5.1 | Berufs- und Arbeitspädagogik  | 2  | 2  | 2  | 1  | 7                |
| 1.6   | <b>Übungen und Seminare</b>   | 11   | 11 | 11 | 12 | 45               |
|       | Mindestpflichtstunden   | 35   | 35 | 33 | 33 | 136              |
| 2.    | <b>Zusatzfächer für die Fachschul-<br/>reifeprüfung</b>   |  |    |    |    |                  |
| 2.1   | Deutsch (Vertiefung)  | –  | –  | 2  | 2  | 4                |
| 2.2   | Mathematik (Vertiefung)   | –  | 2  | 2  | 3  | 7                |
| 2.3   | Englisch  | 4  | 4  | 3  | 4  | 15               |
|       |   | 4  | 6  | 7  | 9  | 26               |
| 3.    | <b>Wahlfächer</b>   |  |    |    |    |                  |
| 3.1   | Deutsch (Ergänzung)   | 2  | 2  | –  | –  | 4                |
| 3.2   | Mathematik (Ergänzung)  | 2  | –  | –  | –  | 2                |
| 3.3   | Medientechnik   | –  | 1  | 1  | –  | 2                |
| 3.4   | Datenverarbeitung (Vertiefung)  | –  | –  | 1  | 1  | 2                |
| 3.5   | Sport   | 1  | 1  | 1  | 1  | 4                |

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

## Studentafel für die Technikerschule für Waldwirtschaft

**Anlage 7**  
(zu § 9 Abs. 1)

|           |  | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |           |           |           | Summe<br>1 bis 4 |
|-----------|--|--|-----------|-----------|-----------|------------------|
|           |  | 1  | 2         | 3         | 4         |                  |
| <b>1.</b> | <b>Pflichtfächer</b>   |  |           |           |           |                  |
| 1.1       | <b>Allgemeinbildende Fächer</b>                                |  |           |           |           |                  |
| 1.1.1     | Deutsch  | 3  | 3         | –         | –         | 6                |
| 1.1.2     | Mathematik   | 2  | 2         | 2         | –         | 6                |
| 1.1.3     | Datenverarbeitung  | 2  | 2         | –         | –         | 4                |
| 1.2       | <b>Technik der forstlichen Produktion</b>                      |  |           |           |           |                  |
| 1.2.1     | Naturwissenschaftliche Grundlagen                              | 2  | 2         | –         | –         | 4                |
| 1.2.2     | Waldbau und Waldschutz   | 4  | 4         | 4         | 4         | 16               |
| 1.2.3     | Forstnutzung und Walderschließung                              | 2  | 1         | 2         | 2         | 7                |
| 1.2.4     | Arbeitslehre und Maschinenkunde                                | 1  | 2         | 1         | 2         | 6                |
| 1.3       | <b>Jagd, Natur- und Umweltschutz</b>                           |  |           |           |           |                  |
| 1.3.1     | Jagdwesen  | 2  | 2         | 3         | 3         | 10               |
| 1.3.2     | Natur- und Umweltschutz  | –  | –         | 1         | 2         | 3                |
| 1.4       | <b>Wirtschaftslehre</b>  |  |           |           |           |                  |
| 1.4.1     | Forstpolitische Grundlagen                                     | 1  | 1         | –         | –         | 2                |
| 1.4.2     | Allgemeine Rechtskunde   | –  | –         | 2         | 2         | 4                |
| 1.4.3     | Forstliche Betriebswirtschaft                                  | –  | –         | 1         | 2         | 3                |
| 1.4.4     | Rechnungs- und Tarifwesen, Arbeitsrecht und Sozialversicherung | 2  | 3         | 2         | 2         | 9                |
| 1.5       | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>                            |  |           |           |           |                  |
| 1.5.1     | Berufs- und Arbeitspädagogik                                   | –  | –         | 3         | 4         | 7                |
| 1.6       | <b>Übungen und Seminare</b>                                    | 11   | 10        | 12        | 10        | 43               |
|           | <b>Mindestpflichtstunden</b>                                   | <b>32</b>                                  | <b>32</b> | <b>33</b> | <b>33</b> | <b>130</b>       |
| <b>2.</b> | <b>Zusatzfächer für die Fachschulreifeprüfung</b>              |  |           |           |           |                  |
| 2.1       | Deutsch (Vertiefung)   | –  | –         | 2         | 2         | 4                |
| 2.2       | Mathematik (Vertiefung)  | –  | 2         | 2         | 3         | 7                |
| 2.3       | Englisch   | 4  | 4         | 3         | 4         | 15               |
|           |  | <b>4</b>                                   | <b>6</b>  | <b>7</b>  | <b>9</b>  | <b>26</b>        |
| <b>3.</b> | <b>Wahlfächer</b>  |  |           |           |           |                  |
| 3.1       | Deutsch (Ergänzung)  | 2  | 2         | –         | –         | 4                |
| 3.2       | Mathematik (Vertiefung)  | –  | –         | –         | 2         | 2                |
| 3.3       | Datenverarbeitung (Vertiefung)                                 | –  | –         | 1         | 1         | 2                |
| 3.4       | Jagdhornblasen   | 1  | 1         | 1         | 1         | 4                |
| 3.5       | Landwirtschaft   | 1  | 1         | 1         | 1         | 4                |
| 3.6       | Fischereiwesen   | 1  | 1         | –         | –         | 2                |
| 3.7       | Sport  | 1  | 1         | 1         | 1         | 4                |

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

7803-15-E

## Zweite Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Fachakademien für Landwirtschaft

Vom 15. Juli 1987

Auf Grund des Art. 4 Abs. 3 des Gesetzes über das berufliche Schulwesen in Verbindung mit Art. 24 Abs. 2 Satz 2 und Art. 66 und 97 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

### § 1

Die Schulordnung für die staatlichen Fachakademien für Landwirtschaft vom 15. Juni 1983 (GVBl S. 469), geändert durch Verordnung vom 1. Juli 1985 (GVBl S. 209), wird wie folgt geändert:

1. § 19 wird aufgehoben.
2. § 20 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Der Direktor übt das Hausrecht aus.“
3. § 24 Abs. 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:  
„Abweichend von den vorstehenden Bestimmungen werden in der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung in den fachpraktischen Pflichtfächern in jedem Schuljahr mindestens zwei praktische Schulaufgaben durchgeführt.“
4. § 25 erhält folgende Fassung:

#### „§ 25

#### Mündliche Leistungen

<sup>1</sup>Im ersten und zweiten Schuljahr sind in allen Pflichtfächern, im dritten Schuljahr in den Pflichtfächern, die nicht Prüfungsfächer nach § 28 sind, mündliche Leistungsnachweise von insgesamt etwa 15 Minuten je Fach zu erbringen.

<sup>2</sup>Diese mündlichen Leistungsnachweise finden entweder während des Unterrichts oder als Einzelprüfung am Ende jeden Schuljahres statt. <sup>3</sup>In der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung sind in den fachpraktischen Pflichtfächern zusätzlich praktische Stegreifaufgaben zu erbringen; diese haben im wesentlichen den Lern-

inhalt des letzten Unterrichts und den aufgegebenen laufenden Lerninhalt zum Gegenstand und werden nicht angekündigt.“

5. § 28 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung werden folgende Pflichtfächer geprüft:

Im ersten Abschnitt:

1. Ernährungslehre,
2. Textil- und Warenkunde,
3. Gesundheit und Sozialhygiene,

im zweiten Abschnitt:

4. Wirtschaftslehre des Haushalts,
5. Haushaltstechnik,
6. Hausgartenbau,
7. Berufs- und Arbeitspädagogik.“

6. Die Anlagen 1 und 2 werden durch die **Anlagen 1 und 2 dieser Verordnung** ersetzt.

### § 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. September 1987 in Kraft.

(2) In der Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung gilt für das Schuljahr 1987/88 folgende Übergangsregelung: Im dritten und vierten Semester erhöht sich im Fach Gesundheit und Sozialhygiene die in der Stundentafel ausgewiesene Wochenstundenzahl um je eine Wochenstunde; das Fach Landwirtschaftliche Betriebslehre entfällt. Im fünften und sechsten Semester erhöht sich im Fach Haushaltstechnik die Wochenstundenzahl um je eine Stunde.

München, den 15. Juli 1987

**Bayerisches Staatsministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Dr. Hans Eisenmann, Staatsminister

## Stundentafel für die Fachrichtung Landbau

**Anlage 1**  
(zu § 9 Abs. 1)

|           |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    |    |    | Summe<br>1 bis 6 |
|-----------|---|--|----|----|----|----|----|------------------|
|           |   | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  |                  |
| <b>1.</b> | <b>Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.1       | <b>Allgemeinbildende und naturwissenschaftliche Grundlagenfächer</b>            |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.1.1     | Deutsch   | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | —  | 8                |
| 1.1.2     | Englisch  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | —  | 8                |
| 1.1.3     | Sozialkunde und Volkswirtschaft   | 2  | 2  | 3  | 3  | —  | —  | 10               |
| 1.1.4     | Mathematik einschließlich Statistik   | 3  | 3  | 3  | 1  | —  | —  | 10               |
| 1.1.5     | Chemie  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | —  | 8                |
| 1.1.6     | Physik  | 3  | 3  | —  | —  | —  | —  | 6                |
| 1.1.7     | Biologie  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | —  | 8                |
| 1.1.8     | Datenverarbeitung   | 2  | 2  | —  | —  | —  | —  | 4                |
| 1.2       | <b>Pflanzliche Produktion</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.2.1     | Ackerbau und Pflanzenernährung  | 2  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | 10               |
| 1.2.2     | Pflanzenbau und Vermarktung   | 2  | 2  | 2  | 3  | 3  | 6  | 18               |
| 1.3       | <b>Tierische Erzeugung</b>  |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.3.1     | Tierzucht, Tierhaltung und Vermarktung  | 2  | 2  | 2  | 2  | 5  | 5  | 18               |
| 1.3.2     | Tierernährung   | 2  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | 10               |
| 1.4       | <b>Landtechnik und Bauwesen</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.4.1     | Landmaschinentechnik  | 2  | 2  | 3  | 3  | 4  | 4  | 18               |
| 1.4.2     | Bau- und Vermessungskunde   | 2  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | 10               |
| 1.5       | <b>Wirtschaftslehre des Landbaues</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.5.1     | Betriebslehre   | 2  | 2  | 2  | 2  | 4  | 4  | 16               |
| 1.5.2     | Agrarpolitik und Marktlehre   | —  | —  | —  | —  | 2  | 3  | 5                |
| 1.5.3     | Buchführung und Steuerkunde   | 2  | 2  | 2  | 2  | 2  | —  | 10               |
| 1.6       | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.6.1     | Berufs- und Arbeitspädagogik  | —  | —  | —  | —  | 3  | 4  | 7                |
| 1.7       | <b>Weitere Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.7.1     | Landespflege und Umweltschutz   | —  | —  | —  | —  | 2  | 2  | 4                |
| 1.7.2     | Methodik der Betriebs- und Verkaufsberatung                                     | —  | —  | —  | —  | 2  | 1  | 3                |
| 1.7.3     | Versuchstechnik   | —  | —  | 2  | 2  | 1  | 1  | 6                |
| 1.7.4     | Pflichtarbeitsgemeinschaft  | —  | —  | —  | —  | —  | 2  | 2                |
|           | Mindestpflichtstunden   | 34   | 34 | 33 | 32 | 34 | 32 | 199              |
| <b>2.</b> | <b>Wahlfächer</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 2.1       | <b>Zusatzfächer für die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife</b> |  |    |    |    |    |    |                  |
| 2.1.1     | Deutsch (Vertiefung)  | —  | —  | 1  | 1  | —  | —  | 2                |
| 2.1.2     | Englisch (Vertiefung)   | —  | —  | 1  | 1  | —  | —  | 2                |
| 2.1.3     | Mathematik (Vertiefung)   | —  | —  | —  | 2  | —  | —  | 2                |

Weitere Wahlfächer können mit Zustimmung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

## Studentenafel für die Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung

**Anlage 2**  
(zu § 9 Abs. 1)

|           |   | Zahl der Wochenstunden<br>in den Semestern |    |    |    |    |    | Summe<br>1 bis 6 |
|-----------|---|--|----|----|----|----|----|------------------|
|           |   | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  |                  |
| <b>1.</b> | <b>Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.1       | <b>Allgemeinbildende und naturwissenschaftliche Grundlagenfächer</b>            |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.1.1     | Deutsch   | 2  | 2  | 2  | 2  | -  | -  | 8                |
| 1.1.2     | Englisch  | 2  | 2  | 2  | 2  | -  | -  | 8                |
| 1.1.3     | Sozialkunde und Volkswirtschaft   | 2  | 2  | 3  | 3  | -  | -  | 10               |
| 1.1.4     | Mathematik einschließlich Statistik   | 3  | 3  | 2  | 2  | -  | -  | 10               |
| 1.1.5     | Chemie  | 2  | 2  | 2  | 2  | -  | -  | 8                |
| 1.1.6     | Physik  | 3  | 3  | -  | -  | -  | -  | 6                |
| 1.1.7     | Biologie  | 2  | 2  | 2  | 2  | -  | -  | 8                |
| 1.1.8     | Datenverarbeitung   | 2  | 2  | -  | -  | -  | -  | 4                |
| 1.2       | <b>Hauswirtschaft und Ernährung</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.2.1     | Wirtschaftslehre des Haushalts  | -  | -  | 2  | 2  | 6  | 6  | 16               |
| 1.2.2     | Haushaltstechnik  | -  | -  | 2  | 2  | 2  | 2  | 8                |
| 1.2.3     | Ernährungslehre   | 2  | 2  | 2  | 2  | 2  | -  | 10               |
| 1.2.4     | Gesundheit und Sozialhygiene  | 1  | 1  | 1  | 1  | 2  | -  | 6                |
| 1.2.5     | Textil- und Warenkunde  | 1  | 1  | 2  | 2  | 3  | -  | 9                |
| 1.2.6     | Hausgartenbau   | 2  | 2  | 2  | 2  | 4  | 4  | 16               |
| 1.2.7     | Nahrungszubereitung <sup>1)</sup>   | 4  | 4  | 3  | 3  | 4  | -  | 18               |
| 1.2.8     | Textilverarbeitung <sup>1)</sup>  | 4  | 4  | 3  | 3  | 2  | 4  | 20               |
| 1.2.9     | Haus- und Textilpflege <sup>1)</sup>  | -  | -  | -  | -  | 2  | 4  | 6                |
| 1.3       | <b>Berufs- und Arbeitspädagogik</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.3.1     | Berufs- und Arbeitspädagogik  | -  | -  | -  | -  | 3  | 4  | 7                |
| 1.4       | <b>Landwirtschaft</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.4.1     | Betriebslehre   | -  | -  | 2  | 2  | -  | -  | 4                |
| 1.4.2     | Buchführung   | 2  | 2  | -  | -  | -  | -  | 4                |
| 1.4.3     | Agrarpolitik und Marktlehre   | -  | -  | -  | -  | 2  | 2  | 4                |
| 1.4.4     | Landespflege und Umweltschutz   | -  | -  | -  | -  | 1  | 2  | 3                |
| 1.5       | <b>Weitere Pflichtfächer</b>  |  |    |    |    |    |    |                  |
| 1.5.1     | Musische Bildung  | -  | -  | -  | -  | 1  | 2  | 3                |
| 1.5.2     | Pflichtarbeitsgemeinschaft  | -  | -  | -  | -  | -  | 2  | 2                |
|           | Mindestpflichtstunden   | 34   | 34 | 32 | 32 | 34 | 32 | 198              |
| <b>2.</b> | <b>Wahlfächer</b>   |  |    |    |    |    |    |                  |
| 2.1       | <b>Zusatzfächer für die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife</b> |  |    |    |    |    |    |                  |
| 2.1.1     | Deutsch (Vertiefung)  | -  | -  | 1  | 1  | -  | -  | 2                |
| 2.1.2     | Englisch (Vertiefung)   | -  | -  | 1  | 1  | -  | -  | 2                |
| 2.1.3     | Mathematik (Vertiefung)   | -  | -  | -  | 2  | -  | -  | 2                |

<sup>1)</sup> fachpraktisches Pflichtfach

Weitere Wahlfächer können mit Zustimmung des Staatsministeriums eingerichtet werden.

2124-1-3-I

**Verordnung  
über Gebühren für Hebammenhilfe  
außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung**

**Vom 22. Juli 1987**

Auf Grund des Art. 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Krankenpfleregerechts und des Hebammenrechts vom 16. Juli 1986 (GVBl S. 133) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

(1) <sup>1</sup>Die freiberuflichen Hebammen und Entbindungspfleger können für ihre Leistungen außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung Gebühren, Auslagen und Wegegeld nach dem Verzeichnis der **Anlage** erheben. <sup>2</sup>Als Nacht gilt dabei die Zeit von 20 bis 8 Uhr.

(2) Innerhalb des Gebührenrahmens sind die Schwierigkeit und Dauer der Leistung, die wirtschaftliche Lage der Zahlungspflichtigen und die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

(3) Bei Leistungen, die von einem Sozialhilfeträger gemäß § 38 des Bundessozialhilfegesetzes gewährt werden, sind die Beträge zu berechnen, die von den Krankenkassen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung nach der Hebammenhilfe-Gebührenverordnung zu zahlen sind.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. September 1987 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt § 1 (mit Anlage) der Verordnung über den Vollzug des Hebammengesetzes vom 2. Dezember 1970 (GVBl S. 663, BayRS 2124-1-4-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 1986 (GVBl S. 133), außer Kraft.

München, den 22. Juli 1987

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**

August R. Lang, Staatsminister

### A. Gebühren

| Nr.  | Leistung   | Gebühr<br>DM  |
|--|--|---------------|
| <b>Leistungen der Mutterschaftsvorsorge und Schwangerenbetreuung</b> |  |               |
| 1  | Beratung der Schwangeren, insbesondere über Lebens- und Ernährungsweise sowie Zweckmäßigkeit der Inanspruchnahme ärztlicher Betreuung, auch fernmündlich<br>Die Gebühr ist an einem Tag neben Leistungen nach den Nummern 3, 4, 5 und 8 nicht berechnungsfähig.  | 8,50 bis 17,- |
| 2  | Schriftlicher Diätplan bei Ernährungs- und Stoffwechselstörungen auf ärztliche Anordnung<br>Die Vervollständigung vorgefertigter standardisierter Diätpläne ist nicht berechnungsfähig.  | 5,- bis 10,-  |
| 3  | Vorsorgeuntersuchung der Schwangeren<br>Die Vorsorgeuntersuchung umfaßt folgende Leistungen: Gewichtskontrolle, Blutdruckmessung, Urinuntersuchung auf Eiweiß und Zucker, Kontrolle des Standes der Gebärmutter, Feststellung der Lage, Stellung und Haltung des Kindes, Kontrolle der kindlichen Herztöne, allgemeine Beratung der Schwangeren, Dokumentation im Mutterpaß.<br>Die Gebühr nach Nummer 3 ist berechnungsfähig, wenn ein normaler Schwangerschaftsverlauf von einem Arzt festgestellt worden ist, wenn die Vorsorgeuntersuchung auf ärztliche Anordnung vorgenommen worden ist oder wenn die Schwangere einen Arzt trotz Empfehlung der Hebamme nicht aufsuchen möchte.<br>Die Vorsorgeuntersuchungen sollen im Abstand von vier Wochen stattfinden; in den letzten zwei Schwangerschaftsmonaten sind je zwei Vorsorgeuntersuchungen angezeigt. | 12,- bis 24,- |
| 4  | Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden oder bei Wehen, für jede angefangene halbe Stunde  | 10,- bis 20,- |
| 5  | Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden oder bei Wehen bei Nacht, an Samstagen ab 12 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen, für jede angefangene halbe Stunde<br>Dauert die Leistung nach den Nummern 4 und 5 länger als drei Stunden, so ist die Notwendigkeit der über drei Stunden hinausgehenden Hilfe in der Rechnung zu begründen.   | 15,- bis 30,- |
| 6  | Kardiotokographische Überwachung bei Indikationen nach Maßgabe der Anlage 2 zu den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung (Mutterschafts-Richtlinien) in der jeweils geltenden Fassung<br>Die Gebühr nach Nummer 6 ist je Tag nur einmal berechnungsfähig, es sei denn, daß mehrere Überwachungen an einem Tag ärztlich angeordnet werden. Während der Dauer der kardiotokographischen Überwachung erbrachte sonstige Hilfeleistungen sind mit der Gebühr nach Nummer 6 abgegolten.  | 11,- bis 22,- |
| 7  | Geburtsvorbereitung bei Unterweisung in der Gruppe, bis zu zehn Schwangere je Gruppe, für jede Schwangere je Unterrichtsstunde (60 Minuten)  | 9,- bis 18,-  |
| 8  | Geburtsvorbereitung bei Einzelunterweisung auf ärztliche Anordnung je Unterrichtsstunde (60 Minuten)<br>Die Gebühren nach den Nummern 7 und 8 umfassen die Unterrichtung über den Schwangerschaftsverlauf, die psychische Vorbereitung auf Geburt und Wochenbett, gymnastische Übungen, Entspannungsübungen und Übungen der Atemtechnik.   | 18,- bis 36,- |

| Nr.  | Leistung   | Gebühr<br>DM    |
|--|--|-----------------|
| <b>Geburtshilfe</b>  |  |                 |
| 9  | Hilfe bei der Geburt eines Kindes im Krankenhaus oder in einer sonstigen Einrichtung   | 230,- bis 460,- |
| 10   | Hilfe bei einer Hausgeburt   | 245,- bis 490,- |
| 11   | Hilfe bei der Ausstoßung einer Fehlgeburt oder einer Blasenmole<br>Die Gebühren nach den Nummern 9 bis 11 umfassen die Hilfe für die Dauer bis zu zehn Stunden vor der Geburt des Kindes oder der Ausstoßung der Fehlgeburt oder Blasenmole und die Hilfe für die Dauer bis zu drei Stunden danach einschließlich aller damit verbundenen Leistungen und Dokumentation. Die jeweilige Gebühr steht der Hebamme auch dann zu, wenn sie erst nach der Geburt, jedoch vor Vollendung der Versorgung der Mutter und des Kindes Hilfe leisten konnte.   | 160,- bis 320,- |
| 12   | Zuschlag für Hilfe bei der Geburt von Zwillingen und mehr Kindern  | 40,- bis 80,-   |
| 13   | Hilfe bei einer nicht vollendeten Hausgeburt<br>Die Gebühr nach Nummer 13 umfaßt die Hilfe für die Dauer bis zu sechs Stunden vor Beendigung der Geburtshilfe einschließlich aller damit verbundenen Leistungen. Sie ist nur in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Hausgeburt berechnungsfähig, wenn die Hebamme die vorher geplante und bereits begonnene Hausgeburt auf Grund unvorhergesehener Umstände abbrechen muß und die Hebamme die Schwangere in ein Krankenhaus überweist oder begleitet und dort keine weitere Hilfe leistet.  | 190,- bis 380,- |
| 14   | Hilfe bei einer nicht vollendeten Geburt in einem Krankenhaus<br>Die Gebühr nach Nummer 14 umfaßt die Hilfe für die Dauer bis zu sechs Stunden vor Beendigung der Geburtshilfe einschließlich aller damit verbundenen Leistungen. Sie ist nur berechnungsfähig, wenn die Schwangere auf ärztliche Anordnung in ein anderes Krankenhaus verlegt wird und die Hebamme dort keine weitere Hilfe leistet.  | 120,- bis 240,- |
| <b>Leistung während des Wochenbetts</b>                            |  |                 |
| Allgemeine Bestimmungen zu den Besuchen nach den Nummern 15 bis 20 |  |                 |
| a)   | Die Besuche nach den Nummern 15 bis 20 dienen der Überwachung des Wochenbettverlaufs und umfassen insbesondere die Beratung, Betreuung und Versorgung von Mutter und Kind einschließlich aller damit verbundenen Leistungen.   |                 |
| b)   | In den ersten zehn Tagen nach der Geburt sind zehn Besuche berechnungsfähig. Wird der erste Besuch bereits am Tage der Geburt ausgeführt, dürfen darüber hinaus Besuche nur für die folgenden neun Tage berechnet werden. Wird die Betreuung erst im Laufe der ersten zehn Tage von einer anderen Hebamme übernommen, so werden die Besuche bis zum 10. Tag nach dem Tag der Geburt vergütet.  |                 |
| c)   | Ein weiterer Besuch an einem Tag innerhalb der ersten zehn Tage nach der Geburt und Besuche nach Ablauf von zehn Tagen nach der Geburt werden bei Vorliegen folgender Erschwernisse vergütet:<br>Bei verzögerter Abheilung des Nabels, schweren Stillstörungen, verzögerter Rückbildung, nach Sekundärnaht oder Dammriß III. Grades, bei Beratung und Anleitung der Mutter zur Versorgung und Ernährung des Säuglings nach der stationären Behandlung des kranken Säuglings oder in anderen Fällen auf ärztliche Anordnung. Der Erschwernisgrund ist in der Rechnung anzugeben.<br>Nach Ablauf von zehn Tagen sind bis zu acht Besuche berechnungsfähig, jedoch höchstens bis zur Dauer von acht Wochen nach der Geburt; für Besuche auf ärztliche Anordnung gelten diese Einschränkungen nicht. |                 |
| 15   | Hausbesuch nach der Geburt, täglich einmal   | 22,- bis 44,-   |
| 16   | Hausbesuch nach der Geburt an Sonn- und Feiertagen, täglich einmal   | 30,- bis 60,-   |
| 17   | Weiterer Hausbesuch nach der Geburt innerhalb der ersten zehn Tage, täglich einmal   | 12,- bis 24,-   |
| 18   | Besuch im Krankenhaus nach der Geburt, täglich einmal  | 13,- bis 26,-   |
| 19   | Besuch im Krankenhaus nach der Geburt an Sonn- und Feiertagen, täglich einmal  | 17,- bis 34,-   |
| 20   | Weiterer Besuch im Krankenhaus nach der Geburt innerhalb der ersten zehn Tage, täglich einmal  | 6,- bis 12,-    |
| 21   | Zuschlag für einen Besuch nach der Geburt von Zwillingen und mehr Kindern zu den Gebühren nach den Nummern 15 bis 20   | 6,- bis 12,-    |

| Nr.                        | Leistung   | Gebühr<br>DM  |
|----------------------------|--|---------------|
| 22                         | Erstuntersuchung des Kindes einschließlich Eintragung der Befunde in das Untersuchungsheft für Kinder (U 1) nach den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherkennung von Krankheiten bei Kindern bis zur Vollendung des 4. Lebensjahres (Kinder-Richtlinien) in der jeweils geltenden Fassung | 6,50 bis 13,- |
| 23                         | Blutentnahme am 5. Lebenstag zur TSH-Bestimmung sowie Veranlassung der Laboratoriumsuntersuchung, Dokumentation und Befundübermittlung einschließlich Portokosten nach den Kinder-Richtlinien in der jeweils geltenden Fassung   | 6,50 bis 13,- |
| 24                         | Tagwache auf ärztliche Anordnung, je angefangene Stunde  | 20,- bis 40,- |
| 25                         | Wache bei Nacht auf ärztliche Anordnung, an Samstagen ab 12 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen, je angefangene Stunde   | 26,- bis 52,- |
| <b>Sonstige Leistungen</b> |  |               |
| 26                         | Blutentnahme beim Kind aus der Nabelschnur zur Bestimmung der Blutgruppe (einschließlich Versand und Dokumentation)  | 10,- bis 15,- |
| 27                         | Notwendiger Wochenbesuch nach einer Fehlgeburt   | 15,- bis 30,- |
| 28                         | Ausstellung einer Bescheinigung (ohne Untersuchung)  | 7,-           |
| 29                         | Anmeldung beim Standesamt  | 10,-          |

### B. Auslagen

Als Auslagen kann die Hebamme neben den für die einzelnen Leistungen vorgesehenen Gebühren nur die ihr entstandenen Kosten der für die Hilfe bei einer Geburt und für die Überwachung des Wochenbettverlaufs notwendigen Materialien berechnen, die mit ihrer Anwendung verbraucht sind oder die der Wöchnerin zur weiteren Verwendung überlassen werden; dabei ist auf wirtschaftliche Beschaffung zu achten.

### C. Wegegeld

1. Die Hebamme erhält für jeden Besuch aus Anlaß einer abrechnungsfähigen Leistung Wegegeld; hierdurch sind auch Zeitversäumnisse abgegolten. Wege zwischen der Wohnung oder Praxis der Hebamme und einem Krankenhaus zur Ableistung eines Schichtdienstes sind nicht berechnungsfähig.
2. Bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel werden als Wegegeld die Fahrtkosten erstattet. In den übrigen Fällen beträgt das Wegegeld
  - a) bei einer Entfernung von nicht mehr als zwei Kilometern zwischen der Wohnung oder Praxis der Hebamme und der Stelle der Leistung 5,10 Deutsche Mark, bei Nacht 6,60 Deutsche Mark,
  - b) bei einer Entfernung von mehr als zwei Kilometern zwischen der Wohnung oder Praxis der Hebamme und der Stelle der Leistung für jeden zurückgelegten Kilometer 1,70 Deutsche Mark, bei Nacht 2,20 Deutsche Mark.
3. Besucht die Hebamme mehrere Frauen auf einem Weg, ist das Wegegeld insgesamt nur einmal und nur anteilig nach dem Verhältnis der zurückgelegten Gesamtstrecke zu der Zahl der besuchten Frauen zu berechnen.

**Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt**  
Süddeutscher Verlag  
Postfach 20 22 20, 8000 München 2  
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

**EINBANDDECKEN**

für den Jahrgang 1986 des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblattes (Ganzleinen mit Golddruck) sind zum Preis von je 9,25 DM zuzüglich Versandkosten zu beziehen von

**Universitäts-Buchdruckerei Dr. C. Wolf & Sohn, Heidemannstr. 166, 8000 München 45**

**Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22**

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, Sendlinger Straße 80, 8000 München 2, Bezug nur durch den Verlag, Postfach 20 22 20, 8000 München 2, Postgirokonto München 63 611-87. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis jährlich DM 49,40 (einschließlich MwSt). Einzelnummer bis 8 Seiten DM 3,-, für weitere 4 angefangene Seiten DM -,70, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM -,70 + Versand. Dieser Einzelverkaufspreis gilt auch für Gesetzblätter, die vor dem 31. Dezember 1983 ausgegeben worden sind.  
ISSN 0005-7134